



blickpunkt

Nr. 260
August 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Aus dem Rathaus

Thema: Wasser

Die DKP-Fraktion diskutierte die aktuellen Auswirkungen der zunehmenden Trinkwasserknappheit und die neue Notstandsverordnung des Regierungspräsidenten.

Unsere Stadt versorgt sich selbst und hat noch ausreichende Wasserreserven. Der Spitzenverbrauch lag in Mörfelden-Walldorf in den letzten Wochen bei 7200 Kubikmeter pro Tag, der Jahresdurchschnitt liegt in Mörfelden-Walldorf bei einem Tagesverbrauch von 5300 Kubikmeter.

Die DKP-Fraktion unterstützt alle vernünftigen Ansätze, um Wasser zu sparen. Sie weist aber auch darauf hin, daß vor allem in der Industrie ungeheure Mengen Trinkwasser verschwendet werden. Noch immer gibt es in den Fabriken aus Profitgründen zu wenig geschlossene Wasserkreisläufe, noch immer wird dort Trinkwasser benutzt, wo auch Brauchwasser verwandt werden könnte. Noch immer gibt es für die Konzerne superbillige Wassersondertarife. Hier vor allem müßte angesetzt werden. Aber selbstverständlich können wir alle Wasser sparen. Die DKP-Fraktion beantragte deshalb auch, daß die Stadt umgehend 1000 Spareinsätze für Spülkästen in Toiletten ankauft und sie kostenlos an interessierte Bürgerinnen und Bürger abgibt. Mit der Aktion der kostenlosen Verteilung von Spareinsätzen könnte das Thema Wassersparen erneut wirksam problematisiert werden.

Sollte sich die Verteilaktion bewähren, könnte eine weitere Verteilung anvisiert werden.

(Im Großeinkauf kosten solche Spareinsätze DM 3,-, pro Stück. Einzelpreis im Baumarkt DM 13,-). In einem weiteren Antrag der DKP-Fraktion

wird gefordert, daß der Kreis Groß-Gerau eine Einrichtung zur Aufspürung von schadhafte Wasserleitungen anschafft, da nach wie vor große Mengen Trinkwasser aus schadhafte Leitungen versickern. (Ein computergestütztes Leckaufspürgerät kostet DM 100.000.)

Thema: Radwege

Die DKP-Fraktion beantragte die Aufnahme von Fahrradabstellplätzen in die städtische Stellplatzsatzung. Damit soll gewährleistet werden, daß bei Verwaltungs- und Praxisräumen, Verkaufsstätten, Versammlungsstätten, Sportanlagen, Gaststätten etc. künftig auch Fahrradabstellplätze ausgewiesen werden.

Die Anzahl der erforderlichen Fahr-

radabstellplätze soll gleich der Anzahl der Pkw-Stellplätze sein. Die den heutigen Erkenntnissen entsprechenden Einstellvorrichtungen sollen dabei vorgesehen werden.

Die DKP-Fraktion übergab dem Bauamt der Stadt Unterlagen über verschiedene, bereits auf dem Markt befindliche neuzeitliche Fahrradständer und Vorschläge für die Überdachung von Fahrradabstellplätzen.

Ein Brief an den neuen Landrat

DKP-Stadtrat Heinz Hechler setzte sich in einem Brief an den Landrat für die Verbesserung und Neuschaffung von Radwegen ein. Im Brief heißt es u.a.: "Wir sind der Meinung, daß man in unserer Stadt, aber auch darüber hinaus im gesamten Kreis Groß-Gerau, nicht von radfahrerfreundlichen Politikern und Verwaltungen sprechen kann. Außer dem Stadtbereich

von Rüsselsheim, findet man kaum eine durchgehend beschilderte Radwegeverbindung. Es gibt noch sehr viele schlechte Radwege und ein überörtliches Radwegenetz, wie in anderen Landkreisen inzwischen vorhanden, kann man vergeblich im Kreis Groß-Gerau suchen. Leider fehlt auch bei uns die entsprechende Radwegekarte, wie sie z.B. im Landkreis Darmstadt/Dieburg bereits seit Jahren angeboten wird." Weiter wird auf die zahlreichen Radwege-Parlamentsanträge der DKP-Fraktion verwiesen.

Sind wir wieder wer?

Seit Wochen beherrscht ein Thema die öffentliche Diskussion: Bundeswehreinsätze in aller Welt. Die Einheit Deutschlands zwingt zu einer erweiterten internationalen Rolle und dazu gehöre die Bereitschaft und Fähigkeit, militärisch für Ordnung zu sorgen. Wir sind wieder wer!

Daß der Golfkrieg nur Schaden ange richtet hat, dürfte heute - ein Jahr danach - offenkundig sein. Wenn überhaupt jemand Nutzen zog, so der in seiner Stellung unangefochte ne Saddam Hussein, die Rüstungsindustrie und die undemokratische Herrscherfamilie Kuwaits. Die Menschen in der Region haben gelitten und leiden auch heute noch.

Neuerdings muß der Bürgerkrieg in Jugoslawien erhalten, um Bundeswehreinsätze zu rechtfertigen. Morgen werdens womöglich Konflikte in Berg Karabach oder in Moldavien sein. Warum nicht auch in Los Angeles, zur Niederschlagung von Rassenunruhen, oder in Palermo zur Befriedung des Mafia-Bürgerkriegs? Militärische Gewalt schafft keinen Frieden, sondern hinterläßt Unfrieden. Nationalismus und Fremdenhaß im ehemaligen Jugoslawien haben ihre Wurzeln in willkürlichen Grenzziehungen und in der Unterdrückung der Balkanländer durch die Habsburger Monarchie und später in der Verfolgung von Serben und Moslems im faschistischen Kroatien, im Dienste Deutschlands. Und jetzt sollten die gleichen Fehler ein drittes Mal in diesem Jahrhundert begangen werden? Selbst frühere Generäle wie Schmückle prophezeien Erfolglosigkeit.

Wichtiger noch, es gibt keinen Krieg, keine Unterdrückung und keine Friedensgefährdung ohne voraus gegangene tatkräftige Förderung durch dieselben Länder, die anschließend den Weltpolizisten spielen wollen. Was wäre Saddam Hussein ohne US-amerikanische und deutsche, ohne britische und französische Aufrüstung noch bis ins Jahr 1990 hinein? Auch das Gemetzel im ehemaligen Jugoslawien wäre ohne die tägliche Waffenschieberei, nicht zuletzt aus Deutschland, unmöglich. Die internationale Gemeinschaft verfügt über ausreichende friedliche Mittel, um

Konflikten wirksam vorzubeugen und Störenfrieden ohne Waffengewalt das Handwerk zu legen. Ein Boykott kann wirksamer zum Einlenken zwingen als fremde Divisionen dies jemals vermöchten.

Nein, es geht nicht um Hilfe, wenn heute am Beispiel Jugoslawiens der Bundeswehrauftrag erweitert werden soll. Längst spielt eine "außer Rand und Band geratene" ("Spiegel") Bundeswehrführung mit dem Gedanken, weltweit kämpfen zu dürfen. Die verfassungsrechtliche Begren-



zung des Militäreinsatzes auf die Landesverteidigung soll beseitigt werden. Auch die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" soll Ziel von Bundeswehreinsätzen werden....

Hier liegt des Pudels Kern - nicht im Mitleid mit Kuwaitis oder mit den drangsalierten Menschen in Serbien und Bosnien (vor denen dieselbe Bundesregierung gestern noch die Grenzen geschlossen hielt). Die globalen Probleme wie Umweltzerstörung, wirtschaftlicher Niedergang, Hunger und Flucht verführen zu dem Wahn, die Vorherrschaft der Industrienationen militärisch zu sichern - um weiter ohne Rücksicht auf Verluste drauflos zu wirtschaften und den Reichtum der Welt in den nördlichen Industriestaaten zu horten und andere Länder verkommen zu lassen. Wenn an Stelle einer wirklichen Entwicklung die Abschottung der Festung Europa das politische Ziel ist, machen weltweite Bundeswehreinsätze einen Sinn.

Es ist zu hoffen, daß der Widerstand gegen eine derart abenteuerliche Politik deutlicher organisiert wird, als dies bisher geschehen ist. Ohne kontraproduktive Äußerungen des DGB-Vorsitzenden. Dabei geht es um mehr als die Änderung von Verfassungsartikeln im Grundgesetz und um den vordergründigen Streit um Blauhelmeinsätze der Bundeswehr.

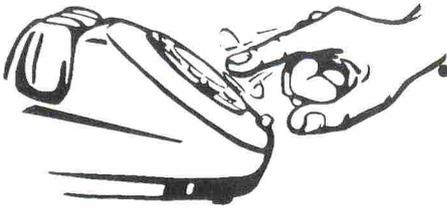
(Aus einem Kommentar von Detlef Henschel - "Forum", Zeitung der IG Medien)

Blutrot

Luftangriffe sind vonnöten, um dem "serbischen Schlächter Milosevic" das Beil aus der Hand zu schlagen. Der Golfkrieg bietet ja genug Erfahrungen, wie man's richtig macht. Wer mag's gewesen sein, der das gefordert hat? Ein tiefschwarzer CSU-Mann? Völlig falsch geraten. Er kommt aus jener Partei, die als die rote gilt, heißt Niggemeier, ist Verteidigungsexperte in der SPD.

Erstaunlich, wie ein Sozialdemokrat selbst sonst gewiß nicht zimperliche NATO-Generäle übertrumpft, die sich ein solches Abenteuer, auch wenn sie's noch so gern unternähmen, erst einmal verkneifen. Frappierend ist's nicht minder, wie radikal die SPD in kurzer Zeit sich wenden kann. Vor nicht viel mehr als einem Jahr, da wandte sie sich noch, wie es Verfassung und Vernunft gebieten, strikt gegen Militärmissionen außerhalb des NATO-Raums.

In diesem Sommer sieht die Sache völlig anders aus. Im Juni verblüffte die SPD selbst Rüge mit ihrer Hast, das Grundgesetz zu ändern, damit deutsche Blauhelme endlich in alle Welt marschieren dürfen. Nicht lange dauerte es, bis an der Spitze der Partei mancher derart "aufgeschlossen" wurde, daß er auch Kampfeinsätze gar nicht mehr so übel findet. Selbst DGB-Chef Meyer, der ja wohl noch ganz andere Fronten hat, an denen er zu kämpfen hätte, ist jetzt so weit, daß Kohl und Rüge ihre Freude an ihm haben dürfen. Und nun also Experte Niggemeier. . . Rasant ist's schon, das Tempo, das da vorgelegt wird. Was wird im Herbst sein oder gar im Winter? Geht es so weiter wie im Sommer, dann bittet womöglich eine blutrote SPD das Pentagon darum, Belgrad, das "Serbo-Kommunisten-Nest", mit einem Atomschlag aus der Welt zu schaffen.



... einfach anrufen!

Sicher haben Sie auch schon oft gedacht - »das wär was für den blickpunkt«. Also, demnächst einfach anrufen!
Tel. 23366, 22362, 3335, 3859.

DKP

Linke Opposition bleibt notwendig!

... dran denken am 7. März 1993

Grünes Sommertheater ohne Ende

Die Parteien bereiten die Kommunalwahl vor. Die SPD hat Ihre Kandidaten vorsortiert. Die CDU will den Leuten mal wieder glauben machen sie sei ja eigentlich eine Arbeiterpartei. Die F.D.P. - von ihr hört man nur vor Wahlen mal was - will wieder antreten. Auch die DKP steckt in den Wahlvorbereitungen.

Alle rüsten sich für den nächsten Wahltermin. Nur bei den Grünen und der GBL bleibt jetzt schon über Monate hinweg der Eindruck von Durcheinander - bleiben die persönlichen und politischen Querelen.

Aufmerksame Beobachter der Lokalszene hatten das alles kommen sehen. Über Jahre haben die GBL-Leute ziemlich prinzipienlos alle ihre früheren Grundsätze aufgegeben. Man hatte einen Stadtrat, war "Regierung" und fühlte sich auch so. Einst gegen "Arroganz der Macht" angetreten, ging man plötzlich arrogant mit jenen um, die anderer Meinung waren. Nach Prinzipien durfte man eh nicht fragen, erst mal eine Zeitlang mit der CDU - dann mit der SPD. Alles ziemlich schillernd. Schillernd bis zum Schluß - als hätte man Lust an der Selbsterstörung, gab es in den letzten Wochen immer neue, nach außen nicht mehr nachvollziehbare, Beschlüsse und Entscheidungen. Jetzt - so heißt es - gibt es wieder

neue grüne Sterne am Himmel. Beim genauen Hinsehen waren sie meist schon einmal da. Mal sehen, was dabei herauskommt, wie lange diesmal der Atem reicht und wie sie diesmal ihre Politik anlegen. Wieder schielen nach der Macht und Ämtern? Wir werden sehen?

Wenn man die örtliche Parteienlandschaft betrachtet, kann man feststellen, daß immer weniger Bürgerinnen und Bürger bereit sind, auf längere Zeit Kommunalpolitik zu betreiben. Die Ochsentour der endlosen Sitzungen wollen viele nicht mehr mitmachen. Die Personaldecke wird überall dünner. Aber Kommunalpolitik muß nunmal stattfinden. Die Bevölkerung hat dabei an die Parteivertreter bestimmte Erwartungen. Wenn die Parteien unter die Lupe genommen werden, wird zunächst gefragt, wie sieht eure kommunalpolitische Praxis aus? Was habt Ihr seither gemacht? Was wollt ihr in der kommenden Wahlperiode machen? Diesen Maßstäben stellen wir uns.

Gerade jetzt, wo eine ehemalige oppositionelle Kraft auseinanderplatzt, sagt die DKP: Wir bleiben linke Opposition in Mörfelden-Walldorf! Daß eine solche Opposition auch bei einer SPD-Stadtregerung notwendig ist - darüber gibt es kaum Zweifel. Wie unsere kommunalpolitische Praxis aussieht, weiß jeder, der den "blickpunkt" regelmäßig liest. (Übrigens gehört auch der "blickpunkt" zu unserem Oppositionswahrzeichen.) Wer will, daß kommunalpolitische Entscheidungen durchschaubarer werden, wer außerparlamentarischen Druck für wichtig hält, kann

die monatliche Herausgabe dieser Zeitung nur unterstützen.

Wir wollen im März 1993 als DKP "Offene Liste" antreten, wir sind an neuen Leuten interessiert, die in der Kommunalpolitik mitmachen wollen, wir arbeiten an unserem Programm.

Ob wir es angesichts der weltweiten Veränderungen wieder schaffen? Wir sind zuversichtlich! Die Kommunalwahl ist eine Persönlichkeitswahl. Die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP sind bekannt. Sie machen seit vielen Jahren Kommunalpolitik für die "kleinen Leute". Und das wird - so meinen wir - angesichts des allgemeinen Sozialabbaus, künftig wichtiger als je zuvor.

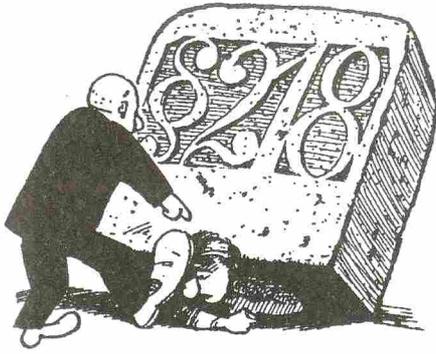
blickpunkt



Jede
Spende hilft
das
Erscheinen
zu sichern!

Unser
Spendenkonto:
Kreissparkasse Groß-Gerau,
Kto.-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition



Keine Gnade

Das Bundesverfassungsgericht hat ein Gesetz zum § 218 vorerst gestoppt. Der Kompromißentwurf, den eine Bundestagsgruppe erarbeitet hat, fand beim Oberen Senat keine Zustimmung. Die endgültige Entscheidung, ob der Entwurf mit dem Grundgesetz übereinstimmt, wurde erst einmal vertagt. Viele Frauen sind jetzt enttäuscht, zumal der vorliegende Entwurf bereits einige Zugeständnisse enthält, die konservative Kreise auferlegten, damit das Gesetz überhaupt eine Mehrheit im Bundestag finden konnte. Der Kompromiß sieht die Fristenregelung (Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten) mit Beratungspflicht vor. Hinzu kommt der Zusatz, daß sich die Frau in einer Notlage befinden muß, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch wünscht. Die westdeutsche Frauenbewegung kämpft seit Jahrzehnten für die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch. In einer männer- und offensichtlich katholisch dominierten Gesellschaftsspitze ist das bisher nicht möglich gewesen. Gegenwärtig gibt es in Deutschland zwei unterschiedliche Regelungen: Die Indikationslösung (Schwangerschaftsabbruch unter eng ausgelegten sozialen oder medizinischen Bedingungen) in den alten Bundesländern und die Fristenregelung in den neuen Bundesländern. Zudem richten sich die Möglichkeiten in den alten Bundesländern nach der jeweiligen Regierungsform. In bisher CDU oder CSU-regierten Gebieten, sind die Möglichkeiten sehr begrenzt. Das Argument einiger Politikerinnen, das neue Gesetz sei der erste Schritt hin zu einer echten Fristenregelung ohne Verankerung im Strafgesetzbuch wird angesichts der einstimmigen Entschei-

dung des Senates, entkräftet. Denn leider muß befürchtet werden, daß auch bei dem endgültigen Urteil im Herbst der Senat sich gegen den Entwurf ausspricht. Die Verfasserinnen des Kompromißentwurfes hätten eigentlich gewarnt sein müssen, denn 1974 hat das Bundesverfassungsgericht bereits einmal eine Variante der Fristenregelung als verfassungswidrig bezeichnet. Die Würde der Frau spielt in den Überlegungen der Justiz wohl keine Rolle. Es bleibt daher die Frage offen, ob nicht nur eine Verfassungsänderung, die das Selbstbestimmungsrecht der Frau garantiert, eine freie Entscheidung bei ungewollter Schwangerschaft ermöglicht.

Helga Fritz

Termine im Frauentreff



Samstag, 29. 8., um 16.00 Uhr
Kleines Sommerfest
mit internationalem Frauencafe und
den "Trommelleien"

Dienstag, 1.9., um 20.00 Uhr
" Erotische Texte von Frauen "

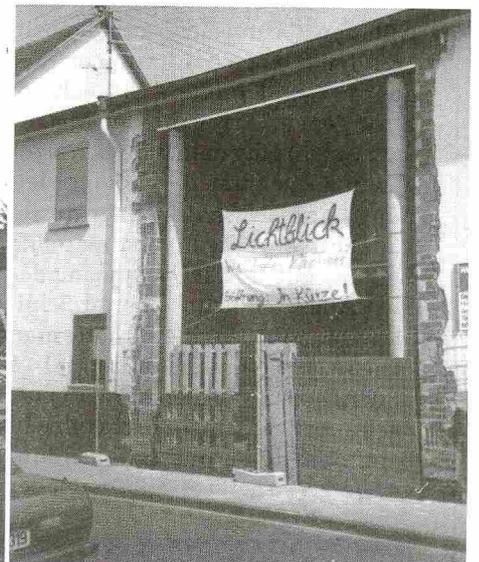
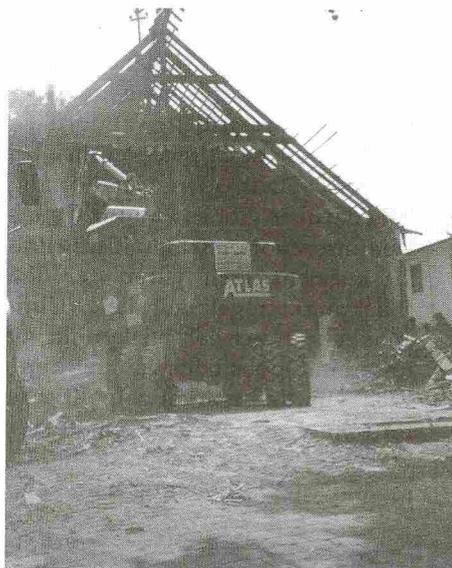
Dienstag, 29.9., um 19.30
Isolation von älteren Frauen - wie reagiert unsere Gesellschaft darauf?

Über 7 Millionen von Erwerbslosigkeit betroffen

Nach Berechnungen des Arbeitslosenverbandes, denen offizielle Zahlenangaben der Bundesanstalt für Arbeit zugrunde liegen, waren Ende Juli im Osten 3 589 994 - das sind 45,47 Prozent der Erwerbsfähigen - von Arbeitslosigkeit der verschiedenen Formen betroffen. Im Westen waren es zum selben Zeitpunkt 2 422 761 Menschen. Unter vorsichtiger Einbeziehung der " stillen Reserve " liegt die Gesamtzahl der Betroffenen bei weit über sieben Millionen Menschen. Im Osten kommt auf 118 Betroffene nur ein freier Arbeitsplatz.

Immer härter trifft die Lage auf dem Arbeitsmarkt die ostdeutschen Frauen. In einigen Regionen liegt ihr Anteil über 70 Prozent, so in Altenburg bei 72,5 und in Bitterfeld bei 72,3 Prozent.

Rund 65 000 der erwerbslosen Frauen sind Alleinerziehende. Desgleichen nimmt die Zahl der vorzeitig aufs Altenteil abgeschobenen Ostdeutschen weiter zu. Nur der Eintritt von 60 000 Menschen in den Altersübergang hat einen weiteren Anstieg der offiziellen Arbeitslosigkeit verhindert.



Kino in Walldorf. Der Bagger zerschlug gerade das alte. Aber es gibt einen Lichtblick. In der Mörfelder Straße wird demnächst ein neuer KinoTreff eröffnet.

Honecker-Prozeß

Was in Berlin vorbereitet und von den Medien aufbereitet wird, ein Prozeß gegen Erich Honecker, ist schon heute als Tribunal der vermeintlichen Sieger ausgewiesen. Dieser Prozeß ist vor dem internationalen Recht eine Groteske, er hat allein durchsichtige politische Motive. Der erste Mann eines bekämpften und deutschen Staates soll entwürdigt werden, wird doch solchermassen auch der 40jährige alternative sozialistische Versuch auf deutschem Boden in den Schmutz getreten - so die Philosophie der Herrschenden in Bonn, Berlin und Moabit.

Erich Honecker hat eine zehnjährige "Zuchthausaufahrung", er wurde von der SS gequält und gefoltert. Seine Verfolger von heute sperren den 80jährigen ins selbe Gefängnis.

Über die Rolle, die Erich Honecker in der DDR gespielt hat, gibt es unter Linken geteilte Auffassungen. Das ist auch in der DKP der Fall. Seine Verfehlungen und begangenen Fehler, sind jedenfalls keine Sache für ein bürgerliches Gericht.

Was da in Berlin von einem einst Springer als Kolumnist dienenden rechtskonservativem Richter zusammengetragen wird und als Anklage dienen soll, ist unhaltbar. Daß die souveräne DDR ihre Grenzen befestigte, hatte etwas damit zu tun, wie es vor und hinter dieser Grenze aussah. Und daß sich 1961 die DDR ebenso im Kalten Krieg

befand wie vor allem die Bundesrepublik und die USA, daran kann es heute auch keinen Zweifel geben. Folgt man der Logik der Anklage, dann müssen posthum Adenauer und Kennedy vor Gericht, dann müssen alle noch lebenden französischen und britischen Staatsmänner der damaligen Zeit vor Gericht.

An der Grenze zwischen den USA und Mexiko, ein elektrisch geladener 5 Meter hoher Zaun mit Wachtürmen und Todesstreifen, wird scharf geschossen. Jeden Tag seit Jahrzehnten. Augstein im "Spiegel" rechnet der britischen Regierung die Toten vor, die im Bürgerkrieg in Nordirland von England zu verantworten sind. Sie gehen in die Tausende.

Nein, die verlogenen und heuchelnden Politiker in Bonn haben weder das Recht noch die Moral, sich über den letzten Staatsmann der DDR zu erheben, gar ihn zu verurteilen. Und sollte es wirklich zu der Farce dieses Prozesses kommen, kann man heute schon gespannt auf die Aussagen von Kohl und Genscher, Waigel und Streibl sein, die dann über ihre Beziehungen zu Honecker ebenso befragt werden, wie die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, die dem Staatsratsvorsitzenden in jedem Frühjahr in Leipzig um den Bart gingen.

Heute sind ganz andere Dinge notwendig als Prozesse, die auch den Zweck haben, von neuem Elend und Massenarbeitslosigkeit in den neuen Ländern abzulenken.

Notwendig ist vor allem Gerechtigkeit für alle vom Anschluß an die BRD Betroffenen und kein Justiz- und Medienspektakel.

Bärbel und Werner Kunz, Heinestraße 4, schrieben an den Bürgermeister. Wir zitieren aus dem Brief den auch die Parlaments-Fraktionen erhielten:

"Wir wenden uns an Sie, um der Stadt die Notwendigkeit der Verkehrsberuhigung in unserer Straße aufzuzeigen. Seit einigen Jahren existiert ein Verkehrsberuhigungskonzept für den Stadtbereich, doch hat sich seither noch sehr wenig getan.

Eine Vielzahl der Anwohner und wir sind der Meinung, daß im Bereich der Heinestraße eine Verkehrsberuhigung dringend notwendig ist, an Betracht der vielen hier wohnenden Familien mit Kindern.

Wir möchten Ihnen kurz die Verkehrssituation darlegen:

Die Heinestraße stellt die einzige Verbindung zwischen der Umgehungsstraße und der Frankfurter Straße dar. Dadurch kommt zum Anliegerverkehr noch Durchgangsverkehr hinzu. Der breite Straßenquerschnitt im Abschnitt zwischen Liebknechtstraße und Feldstraße und die Vorfahrtberechtigung im gesamten Verlauf verleiten zum schnellen Fahren. Selbst im Abschnitt zwischen der Liebknechtstraße und der Frankfurter Straße ist dies zu beobachten. Das schnelle Fahren bringt neben der Gefährdung vor allem jüngerer Verkehrsteilnehmer, die in unserer Straße reichlich vorhanden sind, auch eine erhebliche Lärmbelastung der Anwohner durch Beschleunigungsvorgänge mit sich.

Unserer Meinung ist ein wirksames Mittel dagegen, die Straße optisch so einzuengen, daß das schnelle Fahren schon dadurch erschwert wird. Weiterhin sollte durch eine Änderung der Vorfahrtregelung (rechts vor links) an der Kreuzung Liebknechtstraße und den Einmündungen Feldstraße und Friedensstraße das Fahrverhalten beeinflusst werden. Als dritte Möglichkeit bietet sich die Aufpflasterung der Straße in den Kreuzungsbereichen an...!"

1. September - "Antikriegstag"

In wenigen Tagen ist der 1. September, der Antikriegstag. Ein Tag, an dem die Friedensbewegung, die Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne, seit vielen Jahren für Frieden und Abrüstung auftraten.

In diesem Jahr gibt es viele Gründe sich für den Frieden zu engagieren.

Die Welt ist zwar verändert, der real existierende Sozialismus in Europa verschwunden, der Kapitalismus gebärdet sich als Sieger der Weltgeschichte - der Frieden aber ist nicht sicherer geworden. Überall Kriege, Mord, Hunger.

In unserer Stadt gab es vor einiger Zeit

hoffnungsvolle Ansätze das vorhandene Engagement in einem Friedensforum zu bündeln.

Als der ausgewählte Koordinator "ausstieg", gab es keinen Neuanfang sondern Versäumnisse bis zum heutigen Tag. Die vorhandene Friedensinitiative arbeitet mit all ihrer Kraft an der wichtigen konkreten Hilfe für die Kinder von Bychow. Von ihr kann man wahrscheinlich z.Zt. nicht erwarten, daß sie zu einer Friedensmanifestation aufruft. Es muß aber etwas geschehen. Höchste Zeit, daß sich auch in unserer Stadt die "Friedensbewegten" wieder an einem Tisch finden.

**Immer dran denken:
Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

Tempo 30 bringt mehr Verkehrssicherheit

Das Auto beherrscht die Verkehrsszene in der Bundesrepublik. Rein statistisch betrachtet, besitzt heute nahezu jeder zweite Bundesbürger - Kleinkinder, Schüler, Rentner mitgerechnet - einen Pkw. Seit 1970 ist der Motorisierungsgrad um etwa 50% gestiegen und hat heute rund 460 Pkw auf 1000 Einwohner erreicht. Damit nicht genug: Die Verkehrswissenschaftler prognostizieren bis zum Jahr 2000 einen weiteren Anstieg des Motorisierungsgrades bis zur Höhe von ca. 500 Pkw auf 1000 Einwohner.

Nicht nur die Zahl der Pkw, auch die Zahl der gefahrenen Kilometer wird in den nächsten zehn Jahren weiter ansteigen. Die Verkehrsexperten rechnen für diesen Zeitraum mit einer Zunahme der Verkehrsleistungen von etwa 15%. Neben dem Personenverkehr nimmt auch der Güterverkehr auf der Straße kontinuierlich zu, von 1970 bis 1987 allein um 83%. Der öffentliche Nahverkehr hingegen schrumpft, seit 1980 um bis zu 18%.

Die Schattenseiten dieser Entwicklung sind u.a.:

- Hohe Schadstoffemissionen. Die im Hinblick auf den Treibhauseffekt wichtigen Kohlenoxidemissionen werden zu fast einem Fünftel durch den Verkehr verursacht. Die hohen Stickoxidemissionen - fast drei Millionen Tonnen pro Jahr - und die in den Sommermonaten dadurch wesentlich mitverursachten, gesundheitsgefährdenden Ozonkonzentrationen werden überwiegend vom Verkehr hervorgerufen.
- Der Straßenverkehrslärm. Durch ihn fühlt sich mehr als die Hälfte der Bundesbürger belästigt.
- Wachsende Flächenansprüche für Straßen, Parkplätze, Parkhäuser usw. Der durch den motorisierten Verkehr verursachte Flächenverbrauch ist in den letzten 30 Jahren um nahezu ein Drittel gestiegen. Dementsprechend zugenommen haben der Verlust von Vegetationsfläche, die Versiegelung von Böden, die Flächenzerschneidung

und Eingriffe in den Wasserhaushalt.

- Hohe Unfallzahlen: Besonders gefährdet sind "schwächere" Verkehrsteilnehmer, also Kinder, ältere Menschen und Behinderte.

Fahrzeugtechnische Maßnahmen wie Dreieckekatalysator und Rußfilter reichen nicht aus, um die vom Straßenverkehr ausgehenden Umweltprobleme zukünftig zu beherrschen. Dies gilt um so mehr, als mit einem weiteren Verkehrswachstum zu rechnen ist.

Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, Tempolimit - das sind die häufig genannten Maßnahmen, die zur Verbesserung der Verkehrs- und Umweltsituation beitragen sollen. Was aber bringt ein spezielles Tempolimit, nämlich Tempo 30 in Wohn-

DKP-Fraktion will schnelle Einführung von Tempo 30

Zum Thema brachte die DKP-Fraktion einen Antrag ins Stadt-Parlament in dem es heißt:

"Im Vorgriff auf die flächendeckende Einführung von Tempo 30 km im Stadtteil Mörfelden wird für das Wohngebiet westlich der Bahnlinie, begrenzt durch die Bahn und B 486, die 30-km-Regelung eingerichtet."

gebieten, für Mensch und Umwelt? Mehr und mehr Kommunen gehen dazu über, Wohngebiete und jene Straßen, die nicht dem Durchgangsverkehr dienen, als Tempo-30-Zonen auszuweisen.

Mit gutem Grund, denn diese Maßnahme erhöht nicht nur die Verkehrssicherheit. Unfallhäufigkeit und Unfallschwere gehen bei Tempo 30 merklich zurück. Allein das wäre schon Grund genug, diese Maßnahme forciert durchzuführen. Darüber hinaus bringt Tempo 30 aber auch noch

zahlreiche Vorteile für die Umweltsituation in den Städten und Gemeinden.

Tempo 30 führt nach Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) nicht nur zu einer niedrigen Durchschnittsgeschwindigkeit, sondern vor allem zu einem veränderten Fahrverhalten, zu einer gleichmäßigeren Fahrweise mit weniger und sanfteren Beschleunigungsanteilen und geringeren Geschwindigkeitsspitzen. Am deutlichsten, so das Umweltbundesamt, sei die Reduzierung der Lärmbelastung: Mit einer Verminderung um etwa drei Dezibel (A) werde eine Situation erreicht, die sogar einer Halbierung der Verkehrsstärke entspreche.

Auch hinsichtlich der Schadstoffemissionen ist laut UBA eine beachtliche Reduzierung bei Tempo 30 festgestellt worden: Bei Fahrzeugen ohne Katalysator - und das sind noch immer die Mehrzahl der im Verkehr befindlichen Altfahrzeuge - hätten Messungen gezeigt, daß durch die Einführung von Tempo 30 in Wohnstraßen die Schadstoffemissionen zwischen 10 Prozent (für Kohlenwasserstoffe) und 50 Prozent (für Stickoxide) vermindert werden konnten. Wegen der insgesamt relativ geringen Fahrleistungen auf potentiellen Tempo-30-Straßen - nur 6 Prozent des Gesamtverkehrs werden hier abgewickelt - hätte dies jedoch für die Gesamtbilanz der Luftbelastungen nur eine geringe Bedeutung.

Im Gegensatz zur vergleichbaren vorherigen Tempo-50-Situation wird der Kraftstoffverbrauch nur wenig beeinflusst. Gleichwohl läßt sich hier durch eine bewußt umweltschonende, niedrigtourige Fahrweise Benzin einsparen. So hat z.B. der ADAC bei Messungen in einem Tempo-30-Gebiet eine Verbrauchsminderung um 12 Prozent festgestellt.

Tempo 30 heißt mehr Verkehrssicherheit, weniger Lärm sowie weniger Kohlendioxid- und Stickoxidemissionen.



**Der »blickpunkt« darf
nicht verstummen!
Jede Spende hilft!**



Zu einem ausführlichen Gespräch trafen sich Mitglieder der DKP-Fraktion und die Betreuerinnen der Kinder aus dem weißrussischen Bychow. Die Gäste aus der Minsker Gegend waren beeindruckt von der Gastfreundschaft die sie hier erleben konnten. Im Gespräch zeigten sie sich, wie die Vertreter der DKP, besorgt, daßes "jugoslawische Verhältnisse" auch auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geben könnte.



Wahrheiten

Das reiche Fünftel der Menschheit trägt wegen seines hohen Konsums mehr Schuld an der weltweiten ökologischen Zerstörung als die übrigen 80 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt das US-amerikanische "Worldwatch-Institut" in seinem neuesten Bericht.

In dem Bericht mit dem Titel "Wieviel ist genug?" wird die Bevölkerung in drei "ökologische Klassen" eingeteilt. 1,1 Milliarden Menschen mit einem Jahreseinkommen von weniger als 700 US-Dollar (1050 Mark) lebten unter dem Existenzminimum. Wenn sie die Umwelt beispielsweise durch das Abbrennen von Wäldern schädigten, sei dies oft zum Überleben notwendig. 3,3 Milliarden Menschen mit Einkommen zwischen 700 und 7500 Dollar machten die "Mittelklasse" aus, die in relativem Einklang mit ihrer Umwelt lebe. Sie ernährten sich im Gegensatz zu den Fleischessern im reichen Fünftel vor allem von Pflanzenprodukten, reisten mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Fahrrädern und lebten in einfachen Häusern.

Die 1,1 Milliarden Menschen in der "Verbraucherklasse" seien vor allem in den Industrienationen Europas, in den USA, Australien und in Japan zu Hause. "Während einiger weniger Generationen", so das Worldwatch-Institut, "sind wir im reichsten Fünftel Autofahrer geworden, Fernsehzuschauer, Junk-food-Esser, Su-

permarkteinkäufer und Verbraucher von Wegwerfprodukten". Der "Rest der Welt" sehne sich nach dem konsumorientierten Lebensstil.

In den Industrienationen werden dem Bericht zufolge die meisten Ressourcen konsumiert, zum Beispiel 86 Prozent des Aluminiums und der Chemikalien, 81 Prozent des Papiers, 80 Prozent von Eisen und Stahl, sowie drei Viertel der Energie. Die Menschen in den Industrieländern verzehrten auch 61 Prozent des weltweit konsumierten Fleisches.

Vor allem die Rinderzucht sei wegen des großen Bedarfs an Weidefläche und Wasser schädlich. Rohstoffgewinnung und Rohstoffverbrauch, Verkehr sowie die Herstellung, Verpackung und der Transport von Produkten für die "Verbrauchergesellschaften" hätten dramatische Umweltkonsequenzen, wird in der Studie betont. So verursachten die Industrienationen zwei Drittel der Treibhausgase und der Abgase, die sauren Regen erzeugen. Außerdem komme der freigesetzte "Ozonkiller" Fluorchlorkohlenwasserstoff fast ausschließlich vom reichen Fünftel der Menschheit. In den Industrienationen falle auch der Großteil des Gift- und Nuklearmülls an.

Das Zeitalter des "Megakonsums" begann in den vierziger Jahren in den USA. Es habe das Alltagsleben der Menschen schneller und grundlegender verändert, als das jemals zuvor geschehen sei. Al-

lein in den vergangenen 30 Jahren hätten die USA eine wahre Kaufexplosion erlebt. Die Zahl der Haushalte mit Farbfernsehern sei von null auf über 90 Prozent gestiegen, die der Haushalte mit Klimaanlage von unter 20 Prozent auf fast zwei Drittel. In knapp zwei Dritteln der Haushalte gebe es nun auch Mikrowellenherde und in etwa 60 Prozent Videokassettenrecorder. Die Konsumorientierung wird nach Ansicht des Worldwatch-Instituts vor allem von der Werbeindustrie und dem kommerziellen Fernsehen vorangetrieben.

In den USA gäben die Hersteller jährlich etwa 750 Dollar (1100 Mark) pro Person für Reklame aus. Die "Werbeflut" verleite nicht nur zum Kauf der Waren, damit solle auch die Idee verbreitet werden, "daß jedes Lebensproblem mit einem Produkt gelöst werden könne".

Mehr kaufen zu können, so der Bericht, mache jedoch nicht glücklich. Umfragen zeigten, daß der Prozentsatz der US-Amerikaner, die sich als "sehr glücklich" bezeichnen, seit 35 Jahren bei etwa einem Drittel liege. Es werde immer mehr gearbeitet, um kaufen zu können, und die Freizeit werde zunehmend vor dem Fernsehapparat verbracht, wo Reklamespots nahelegten, daß man noch mehr kaufen solle. Für soziale Beziehungen und zum Leben schlechthin bleibe immer weniger Zeit.

Stadtgeschichten



Wer von der jüngeren Generation unserer Stadt weiß noch, daß sich in dem Haus, in dem sich die Eisdielen am "Dalles" befindet, ehemals eine Gaststätte mit Metzgerei befand. Zuletzt, bis in die 50-er Jahre, war es die Metzgerei Wurzel. Im Hofe dieser Metzgerei, des damaligen Metzgermeisters Wilhelm Wenz, stellte sich, wohl Ende der 20er Jahre, die Gruppe des Mörfelder Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) zum fotografieren auf. Von links sehen wir besagten Metzger Wilhelm Wenz, hinten am Fenster seine Frau, die nachfolgenden Samariter waren, Krummholz, Kappe, Heinrich Schulmeyer, Krummholz, Georg Schaffner, Karl Auer, Georg Schulmeyer, Karl Schulmeyer, Erich Tscherch, Fritz Wicht, Ernst Scherer.



Auch die Männer des ASB waren ehrenamtlich tätig und immer bereit zu helfen. Krankenwagen waren damals noch unbekannt und die Gruppe schätzte sich glücklich, als sie zum Preis von 450,- Reichsmark eine überdachte, fahrbare Trage erstehen konnte, um Verletzte zu transportieren. Auch der ASB wurde, wie so viele Arbeiterorganisationen in denen Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten tätig waren, 1933 verboten. Die Mitglieder gingen später in die Rote-Kreuz-Gruppe über.

1015,- DM für den Wahlkampf der DKP

Michael Denk, langjähriger Stadtverordneter der DKP und aktiver Gewerkschafter, feierte vor kurzem seinen 80. Geburtstag.

Geschenke wollte er nicht, nahm aber Spenden für seine Partei entgegen.

In diesen Tagen überwies er 1015,- DM für den Kommunalwahlkampf der DKP Mörfelden-Walldorf. Danke "Denke-Michel"!

David hat Goliath
auch geschlagen.

Zeitung
der DKP

UZ

Probeexemplare bestellen!
Hoffnungstraße 1, 4300 Essen 1